Hildesheimer Geographische Studien Bd. 4	2014	S. 34 – 55

Stadtentwicklung in Hildesheim im Zeichen des demographischen Wandels

Svenja Elfers & Sabine Panzer-Krause

Zusammenfassung

Der demographische Wandels ist in Deutschland zu einem allgegenwärtigen Thema geworden, der sich durch die Dimensionen „weniger", „grauer", „vereinzelter" und „bunter" charakterisiert und sich u.a. auf die Entwicklung von Städten auswirkt. Auch das Oberzentrum Hildesheim ist davon betroffen. So ist die Einwohnerzahl im Jahr 2011 unter die 100.000-Einwohner-Grenze gefallen, so dass die Stadt nicht mehr als Großstadt zählt. Auch der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich seit den 1970er Jahren stark verändert – während es immer weniger junge Menschen gibt, nimmt der Anteil der Älteren zu. Die Schülerzahlen nehmen ab, so dass es bereits zu ersten Schulfusionen kam. Die Sicherstellung einer dezentralen und barrierefreien Grundversorgung wird in Zukunft eine Herausforderung sein. Auch der Bestand an Wohnraum muss an die veränderten Bedürfnisse nach gehobenen Wohnstandards sowie den Trends zu Einpersonenhaushalten und einem Leben in der Innenstadt angepasst werden. Schließlich gilt es, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Hildesheim sicherzustellen. Angesichts des sich selbstverstärkenden Prozesses des negativen Bevölkerungswachstums ist es nicht ratsam, an der Leitlinie „100plus" festzuhalten. Stattdessen sollte es Aufgabe der Stadtpolitik sein, Hildesheim zukünftig als attraktive Stadt zu etablieren, ohne dabei auf Wachstum und den Status als Großstadt zu setzen. Ein Paradigmenwechsel weg vom Wachstum und hin zur Konsolidierung bzw. zum Um- und Rückbau ist angebracht. Mit der Strategie „Innen- vor Außenentwicklung" hat die Stadt den richtigen Weg eingeschlagen, den es nun gilt, konsequent umzusetzen. Der Status als Oberzentrum muss damit zumindest kurz- und mittelfristig nicht in Frage gestellt werden.

Schlüsselwörter: Demographischer Wandel, Auswirkungen, Stadtentwicklung, Hildesheim

Summary

The demographic change has become an omnipresent issue in Germany, which is characterized by the four dimensions "less", "greyer", "more insular" and "multicoloured" and which has impacts on urban development. Hildesheim as a higher-order central place (Oberzentrum) is affected by these developments, too. In 2011, the number of inhabitants has fallen beneath the line of 100,000 so that the city is not classified as a "big city" (Großstadt) anymore. Moreover, the population's age structure has changed significantly since the 1970s – while the number of young people has declined, the percentage of older people has increased. The decreasing number of pupils led to first school mergers. The provision of de-centralized and barrier-free basic services will be a challenge in the future. Also, the stock of housing space has to be adapted to the changing needs of the people concerning living standards, the trend towards single-person households and the increasing preference to live in the inner city. Finally, it is important to ensure the attractiveness of Hildesheim as a business location. Given that the negative population growth is a continuously reinforcing process it is not advisable to stick to the guideline "100,000plus". Instead, it should be the city's mission to establish Hildesheim as an attractive city without placing emphasis on growth and the status of a "big city" (Großstadt). A paradigm shift from growth to consolidation or retreat is appropriate. With its strategy "inner city development" Hildesheim has opted for a good path which now has to be realized consequently. The status as Oberzentrum should not be questioned in the short- and middle-term.

Key Words: demographic change, impacts, urban development, Hildesheim

1 Einleitung

Der demographische Wandel ist in Deutschland inzwischen zu einem allgegenwärtigen Thema geworden. Während sich seine Prozesse seit den 1990er Jahren in besonders starkem Maße in den ostdeutschen Bundesländern beobachten ließen (Sedlacek 2012), sind nunmehr auch immer mehr Regionen in Westdeutschland davon betroffen. Dazu gehören auch weite Teile von Süd-Niedersachsen. Eine vom demographischen Wandel betroffene Stadt in dieser Region ist Hildesheim (Niedersächsischer Landtag 2007: 23). Hildesheim ist eines von elf Oberzentren in Niedersachsen und verfügt über entsprechende zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den spezialisierten höheren Bedarf. Im Jahr 2011 hatte die Stadt nach offiziellen Angaben eine Einwohnerzahl von 102.980 (Stadt Hildesheim 2012) und lag somit knapp über der Grenze von 100.000 Einwohnern, ab der eine Stadt in Deutschland als Großstadt eingestuft wird. Nach den Auswertungen des Zensus 2011, welche 2014 vorlagen, wurde die Bevölkerungszahl jedoch auf 99.554 Einwohner korrigiert (LSKN 2014).

Vor diesem Hintergrund soll in dieser Studie den Fragen nachgegangen werden, welches Ausmaß der demographische Wandel in Hildesheim hat, welche Auswirkungen sich für die Stadtentwicklungen ergeben und wie die Stadt Hildesheim damit umgeht. Hierzu werden zunächst Merkmale des demographischen Wandels und ihre Ausprägungen in Deutschland dargestellt. Anschließend wird auf die Aufgaben der Stadtplanung unter den Vorzeichen des demographischen Wandels eingegangen. In Kap. 3 wird die Methodik für den empirischen Teil dieser Studie vorgestellt. In den Kapiteln 4, 5 und 6 erfolgen dann die ausführlichen Auswertungen bezüglich der demographischen Entwicklungen in Hildesheim, bezüglich der Auswirkungen sowie der Herausforderungen, Chancen und Perspektiven für die Stadt. Abschließend werden die Ergebnisse resümiert.

2 Demographischer Wandel und Stadtentwicklung

2.1 Dimensionen des demographischen Wandels und Ausprägungen in Deutschland

„Demographischer Wandel bedeutet die Änderung der Bevölkerung nach Zahl und Struktur“ (Gans 2011: 89). Der demographische Wandel in Deutschland kann anhand der vier Dimensionen „weniger“, „grauer“, „vereinzelter“ und „bunter“ beschrieben werden. Diese miteinander in Verbindung stehenden Dimensionen stellen gleichzeitig gesellschaftliche Herausforderungen für die Stadtentwicklung dar.

Die Dimension „weniger“ bezieht sich auf das rückläufige natürliche Bevölkerungswachstum. Ein solches Bevölkerungsschrumpfen wird durch niedrige Geburtenzahlen verursacht. Der hohe Entwicklungsstand der deutschen Gesellschaft hat die ökonomischen und sozialen Leitbilder der Menschen beeinflusst. So stehen Selbstverwirklichung und der Wohlstand des Individuums und damit die berufliche Karriere im Mittelpunkt, während der Kinderwunsch in den Hintergrund gerückt ist (Hans Seidel Stiftung e.V. 2002: 11). Dies und weitere Gründe haben dazu geführt, dass seit 1972 in Deutschland das Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau nicht mehr erreicht wird. 1960 lag die Fertilitätsrate bei 2,37 Kindern pro Frau, bis ins Jahr 2012 ist sie abgerutscht auf 1,38 Kinder je Frau (BiB 2014c). Daraus folgt ein Rückgang der Bevölkerungszahl (Walla et. al. 2006: 35). Schrumpfung kann dabei als ein fortlaufender, sich selbst verstärkender Prozess verstanden werden, dessen Ausmaß von Generation zu Generation aufgrund einer wachsenden Geburtenlücke zunimmt. Dadurch sinkt mit fortschreitender Zeit die Wahrscheinlichkeit, diese Entwicklung umzukehren oder das Defizit an Geburten durch Migrationsgewinne auszugleichen (Gans 2011: 90).

Anhand der Entwicklung der Zahlen der Lebendgeborenen und Gestorbenen je 1.000 Einwohner, welche Abbildung 1 zu entnehmen sind, wird das rückläufige natürliche Wachstum Deutschlands deutlich. Abbildung 1 lässt erkennen, dass die Geburtenrate seit 1972 unter der Sterberate liegt.

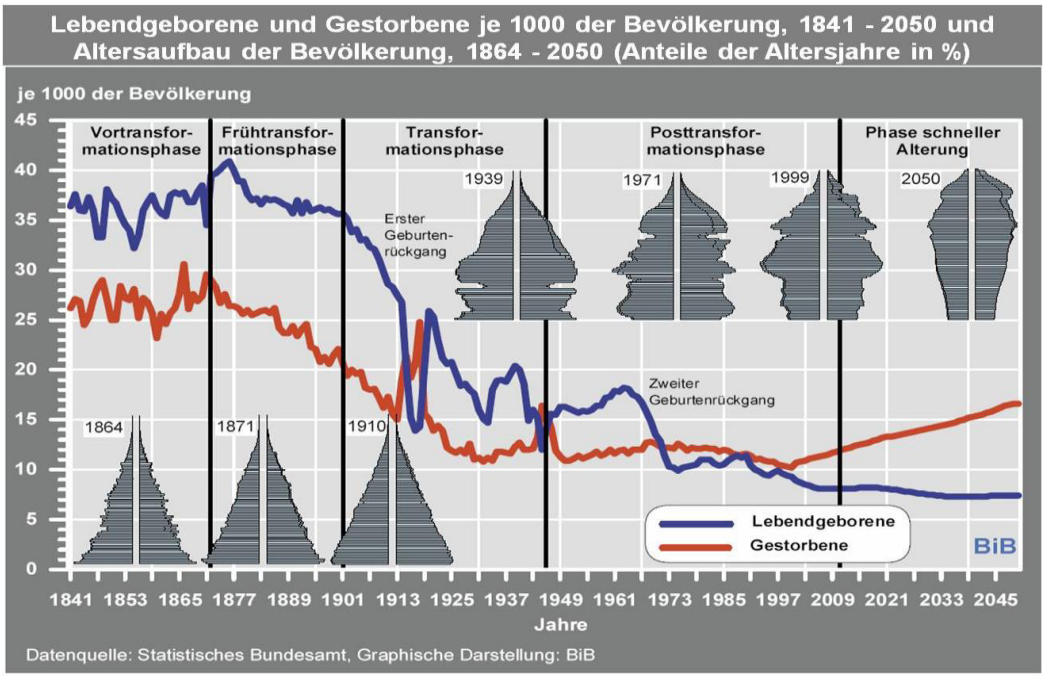

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (Quelle: BiB 2004[2]: 11).

Die Bevölkerungspyramiden in Abbildung 1 zeigen die Altersstruktur der Bevölkerung. Dabei wird sichtbar, dass der Anteil der älteren Menschen kontinuierlich zugenommen hat. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts nimmt der Jungendquotient ab. Dies bedeutet, dass es weniger Menschen gibt, die noch nicht erwerbstätig sind, im Verhältnis zu den Menschen, die noch erwerbstätig sind. Der Altenquotient hingegen nimmt seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu. Das bedeutet, dass die Anzahl der Menschen zunimmt, die nicht mehr erwerbstätig sind, im Verhältnis zu den Menschen die noch erwerbstätig sind. Im Jahr 2011 lag der Jugendquotient bei 29,8 unter 20-Jährigen je 100 20- bis 65-Jährige. Der Altenquotient lag bei 33,7 über 65-Jährigen je 100 20- bis 65-Jährige (BiB 2014a, BiB 2014b).

Die Entwicklung der Gesamteinwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland zeigte bis zum Jahr 2002 ein positives Wachstum. Von 1871 bis 2000 verdoppelte sich die Einwohnerzahl von 41 Mio. Einwohnern auf 82,3 Mio. Einwohner. Ab 2002 schwächte das Wachstum allerdings ab, und die Einwohnerzahl sank bis 2012 auf 80,5 Mio. Menschen, was einem Rückgang von 2,1 % gegenüber dem Jahr 2000 entspricht. Allerdings verläuft die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nicht in allen Teilregionen gleich. Der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, dass die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland im Zeitraum von 1950 bis 2000 um 17,8 % sank, wohingegen in dieser Zeitspanne die Einwohnerzahl in Westdeutschland um 31,8 % zunahm. Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der westdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (bpb 2012).

Parallel zum Bevölkerungsrückgang steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung an, so dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Damit einhergehend steigt auch die Zahl der Hochbetagten in Deutschland. Dies wird mit der Dimension „grauer“ umschrieben. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der steigenden Lebenserwartung und den fehlenden Geburten. Allerdings ist die Überalterung der Gesellschaft in Deutschland räumlich differenziert zu betrachten. So wandern junge Menschen vermehrt aus strukturschwachen Regionen ab, um sich auf die Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu begeben. Dementsprechend steigt in den betroffenen Regionen der Altenquotient an, während der Jugendquotient sinkt. In den strukturstarken Gebieten wie z.B. den Großstädten und ihren Ballungsräumen wird der Anstieg des Durchschnittsalters durch den Zuzug jüngerer Menschen gedämpft (Gans 2011: 94).

„Vereinzelter“ charakterisiert eine weitere Dimension des demographischen Wandels in Deutschland. Der Trend zur Singularisierung, also das vermehrte Auftreten von Einpersonenhaushalten,

nimmt seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland deutlich zu. So lebten 1950 19,4 % aller Einwohner allein, 1991 waren es bereits 33,7 %, bis 2011 stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte weiter auf 39,8 %. Im selben Zeitraum nahm die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte ab. Gründe sind zum einen die erhöhte Lebenserwartung, wobei Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und nach dem Tod des Ehepartners oftmals allein weiterleben. Zum anderen leiden Familie und Kirche unter einem Attraktivitätsverlust. Daraus resultiert ein Rückgang traditioneller Bindungen und Lebensformen (Gans 2011: 97), der mit einem Prozess der Familienauflösung einhergeht (Schimany 2003: 204). So hat das Erst-Heiratsalter zugenommen und liegt bei Männern und Frauen bei über 30 Jahren. Darüber hinaus ist die Zahl an Scheidungen gestiegen – inzwischen wird in Deutschland jede dritte Ehe geschieden (Rump & Eilers 2013: 27). Statistisch wirkt sich der Anteil lediger sowie unverheirateter Frauen im gebärfähigen Alter auf die Fertilitätsrate aus. Je höher dieser Anteil ist, desto niedriger ist die Geburtenrate. Darüber hinaus lässt sich auch feststellen, dass eine partnerschaftliche Verbindung umso kinderärmer ausfällt, je älter eine Frau bei der Eheschließung ist (Schimany 2003: 165). Diese Entwicklungen zeigen Veränderungen in Lebensformen, Lebensführung, Lebensplanung, Partnerschaft und Kinderwunsch. Frauen streben nun auch vermehrt nach Selbstverwirklichung und stellen den Kinderwunsch dafür hinten an (Rump & Eilers 2013: 40-41).

Die vierte Dimension des demographischen Wandels in Deutschland bezieht sich auf eine durch Zuwanderung internationaler und damit „bunter“ werdende Bevölkerung. Ein positives Wanderungssaldo ist für Staaten ohne natürliches Bevölkerungswachstum ein wichtiger Faktor, der den Sterbefallüberschuss kompensieren und sich positiv auf die Altersstruktur der Gesellschaft auswirken kann. Ein großer Teil der Zuwanderer ist im erwerbstätigen Alter, hat Kinder oder will im Zielland eine Familie gründen (Schimany 2003: 259). Das Ausmaß an Zuwanderung ist allerdings schwer kalkulierbar, da es von verschiedenen Größen beeinflusst wird, die kaum absehbar sind. Dazu gehören beispielsweise Krisen oder Kriege. Des Weiteren wird das Zuwandern durch die politische und wirtschaftliche Situation der Zielnation bestimmt. So wurde der Arbeitskräftemangel in den Wirtschaftswunderjahren der 1960er und 1970er Jahre in Deutschland durch die aktive Anwerbung ausländischer Gastarbeiter behoben. Auch durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 kam es zu einer erhöhten Zuwanderung nicht nur aus besonders betroffenen europäischen Ländern, sondern ebenso aus anderen Kontinenten nach Deutschland. Die durch Zuwanderungen entstehende Multikultur bedeutet eine zunehmende Vielfalt an Herkunftsländern, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache und Bildungsstand (Gans 2011: 97). Dabei gelingt die Integration der Zuwanderer nicht überall. Deutschland hat beispielsweise relativ spät mit einer adäquaten Integrationspolitik begonnen. So war der Bildungszugang für ausländische Kinder in den 1960er und 1970er Jahren nicht vorbereitet, da von einer Rückkehr der damals eingewanderten Gastarbeiter ausgegangen wurde. Darüber hinaus wird auch das Potential von ausländischen Fachkräften häufig unterschätzt. So werden im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse teilweise nicht anerkannt, was häufig Ablehnungen von ausländischen Arbeitskräften auf dem nationalen Arbeitsmarkt zur Folge hat. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird noch nicht in vollem Maße von der Gesellschaft anerkannt (bpb 2012).

Im Jahr 2012 lag der Ausländeranteil bei 8,2 %, und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag bei 20 %. 2011 lag der Wanderungssaldo bei plus 297.207 Menschen. Allerdings existiert kein eindeutiger Trend bezüglich der Zu- und Abwanderung. Insgesamt war der Saldo zwischen 1950 und 2011 jedoch positiv (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013). Das Verhältis von Zu- und Fortzügen unterscheidet sich regional allerdings erheblich. So weisen in der Regel die Großstädte und die dazugehörigen Ballungsgebiete eine hohe Anziehungskraft auf und können positive Wanderungssalden verzeichnen – sowohl bezogen auf die Binnenwanderung als auch auf die Außenwanderung. Insbesondere die ländlichen Räume in den ostdeutschen Bundesländern sind dagegen von Abwanderung betroffen. Darüber hinaus weisen auch bestimmte Regionen in Westdeutschland ein negatives Wanderungssaldo auf. Hierzu gehören die Pfalz, Nord- und Ostbay-

ern sowie Nordhessen und Südniedersachsen. Abbildung 2 zeigt das Wanderungssaldo nach Kreisen zwischen 2006 und 2010. Daraus geht hervor, dass auch der Landkreis Hildesheim ein negatives Wanderungssaldo aufweist (Gans & Schmitz-Veltin 2006: 4).

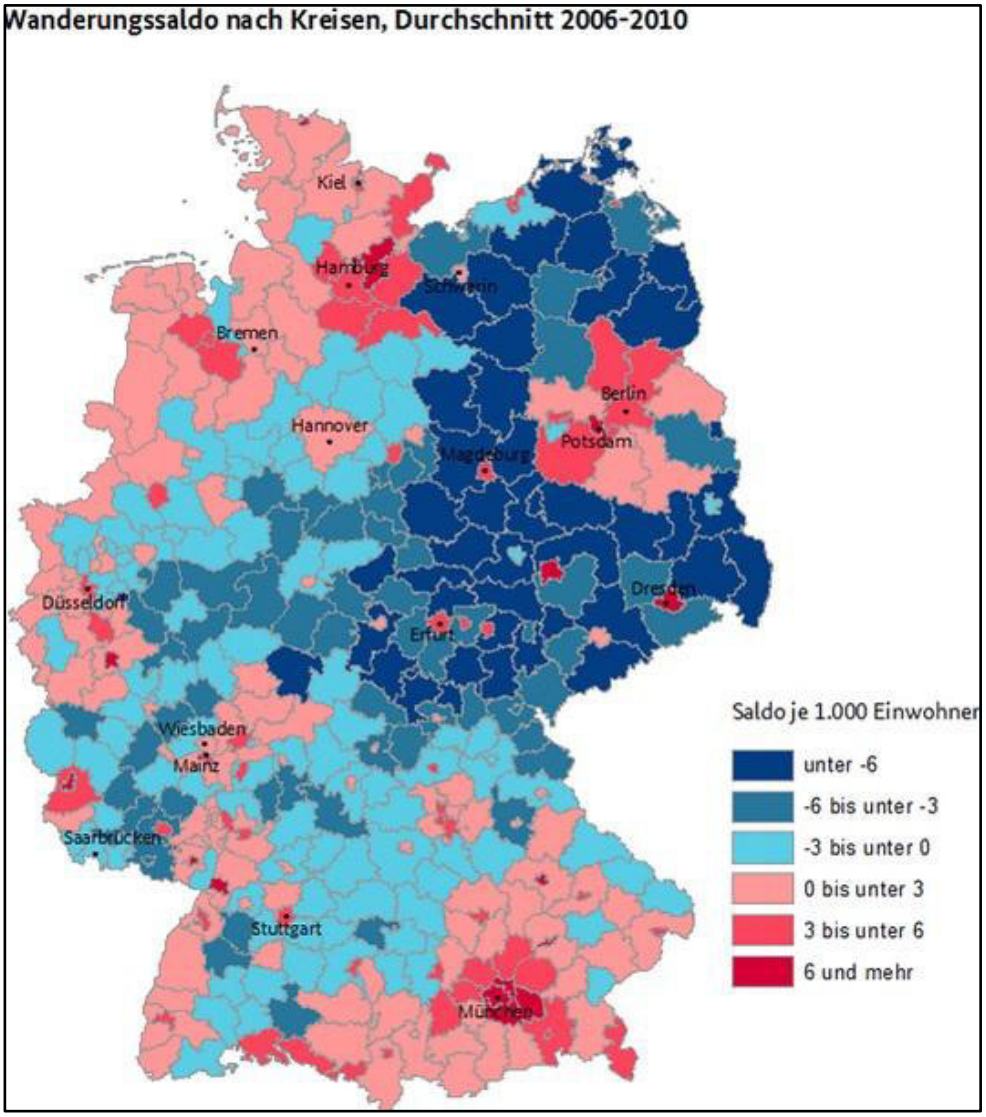

Abb. 2: Wanderungssaldo nach Landkreisen (Quelle: BiB 2012).

2.2 Stadtplanung und Stadtentwicklung

Aufgabe der Stadtplanung ist es, die räumliche Entwicklung einer Stadt zukunftsorientiert zu lenken. Das Stadtplanungsamt ist als Institution für die Durchführung der Stadtentwicklungsplanung zuständig (Leser 2005[13]: 881). Die Stadtentwicklungsplanung beinhaltet übergeordnet eine Zielplanung, worin sich Struktur, Gestalt und Funktion sinnvoll vereinigen sollen, wobei die Finanzierung eine wichtige Rolle spielt. Grundsätzlich muss bedacht werden, dass eine Stadt sich stetig weiterentwickelt und keinen Endzustand erreicht. Entwicklungspläne bauen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit auf und stellen Prognosen für die Zukunft auf. Diese beziehen sich in der Regal auf mehr als zehn Jahre. Die Voraussetzungen einer Stadt können sich in diesem Zeitraum jedoch deutlich verändert haben, sodass Vorstellungen revidiert werden müssen. Um zukunftsweisend planen zu können, beschäftigt sich die Stadtplanung mit der möglichen zukünftigen Veränderung der städtischen Umwelt. Dies beinhaltet die demographische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung sowie deren Wechselwirkungen untereinander (Albers & Wékel 2008: 11-12).

Kommunen besitzen ein Recht auf Selbstverwaltung und somit auch die Planungshoheit über ihren Raum. Grundlage bildet hier das Baugesetzbuch (BauGB), welches im Rahmen der Bauleitplanung

die Erarbeitung von eigenständigen Plänen zulässt. Darüber hinaus sind Kommunen entsprechend des Raumordnungsgesetzes (ROG) aber auch verpflichtet, überörtliche Belange der Regionalplanung und der Landesplanung in ihre Planung zu integrieren. Instrumente der kommunalen Planung sind der Flächennutzungsplan und die Bebauungspläne. Der Flächennutzungsplan gilt als vorbereitende Bauleitplanung, wohingegen die Bebauungspläne als verbindliche Bauleitplanung zu verstehen sind. Bauleitpläne sind aus dem Flächennutzungsplan abgeleitet und konkretisieren die Umsetzung im Raum (Langhagen-Rohrbach 2010[2]: 69).

Um einen Flächennutzungsplan oder einen Bebauungsplan erstellen zu können, muss der städtische Raum in einem ersten Schritt aufgenommen und analysiert werden. Hierfür wird das Stadtgebiet kartographisch und statistisch erfasst. Dabei wird beispielsweise aufgenommen, in welchem Umfang die Bebauung und die Infrastruktur genutzt werden oder in welchem Zustand sich die Bausubstanz befindet. Des Weiteren sind Aspekte wie Einwohnerdichte, Behausungsziffer und Belegungsziffer wichtig (Albers & Wékel 2008: 45, Langhagen-Rohrbach 2010[2]: 77). Ferner wird eine Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse benötigt, damit Prognosen erstellt werden können. Dies beinhaltet unter anderem die soziale Mischung, das Mobilitätsverhalten, die Kaufkraft und die demographische Entwicklung. Bei der Erstellung einer Prognose wird vom Bestand ausgegangen, und es werden Vermutungen darüber angestellt, wie sich der städtische Raum in der Zukunft verändern wird und sich gegebenenfalls weiterentwickeln kann (Albers & Wékel 2008: 47). Die Entwicklung einer Zielvorstellung und die Ableitung eines sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs stellen den nächsten Planungsschritt dar. Die vorausgegangene Analyse kann beispielsweise Missstände aufgedeckt haben, die es nun gilt zu beheben. Auch auf Grundlage der erstellten Prognosen wird deutlich, welcher Handlungsbedarf besteht.

Während es die wesentliche Aufgabe der Stadtplanung im 20. Jahrhundert war, städtisches Wachstum zu koordinieren, stehen nun immer mehr Städte vor der Herausforderung, Prozesse der Schrumpfung zu managen. Bei langfristigen Schrumpfungsprozessen, wie sie durch die demographischen Entwicklungen ausgelöst werden, macht es wenig Sinn, am Wachstumsparadigma festzuhalten, denn so wird versäumt, wichtige Weichen für eine nachhaltige, auf Konsolidierung ausgerichtete Stadtentwicklung zu stellen.

3 Methodik

Im Rahmen dieser Studie wurden zum einen statistische Daten der Stadt Hildesheim, des Landesamtes für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) und des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ausgewertet. Dabei handelt es sich um Daten zur Bevölkerungsentwicklung, zur Bevölkerungsstruktur, zur Infrastruktur, zum Wohnungsangebot und zur Wirtschaft. Zum anderen wurden im Januar und Februar 2014 drei Leitfaden-gestützte Interviews mit Experten der Stadt Hildesheim durchgeführt, welche in unterschiedlichen Bereichen der Stadtentwicklung tätig sind. Es wurden der Leiter des Bereichs Stadtplanung und Entwicklung der Stadt Hildesheim (IP_1)[1], die Städtekämmerin der Stadt Hildesheim, die sich für den Bereich Finanzen und die Haushaltsplanung verantwortlich zeigt (IP_2), sowie der Leiter der IHK Hannover, Geschäftsstelle Hildesheim (IP_3) interviewt. Die ausgewählten Experten sind Personen in einer leitenden Funktion. Sie verfügen über ein hohes Maß an Wissen über die behandelte Thematik, da ihre Arbeit durch Bevölkerungsentwicklung beeinflusst wird. Dementsprechend haben die Befragten einen Zugang zu aktuellen Informationen. Die Mischung aus quantitativer und qualitativer Forschung wurde verwendet, damit die Ergebnisse aus mehreren Blickwinkeln verifiziert werden können. Die quantitativen Daten sind in diesem Fall geeignet, da sie eine Kategorisierung der Informationen ermöglichen. Die qualitativen Daten ermöglichen

[1] IP = Interviewpartner

abgewogene, lebendige und ausführliche Auskünfte (Reuber & Pfaffenbach 2005: 35). Sie vereinfachen die Analyse der statistischen Daten und helfen Zusammenhänge zwischen Determinanten darzustellen und zu erläutern.

Die Interviews mit IP_1 und IP_2 konnten mit einem Diktiergerät aufgezeichnet und in ein Transkript überführt werden. Das dritte Interview mit IP_3 wurde in Form eines Protokolls festgehalten. Nach Freigabe des Protokolls durch die IHK Hannover, Geschäftsstelle Hildesheim konnten die Inhalte für diese Studie verwendet werden. Die Analyse der Interviews wurde mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010[11]) durchgeführt. Die qualitative Inhaltsanalyse will Kommunikation analysieren und dabei regelhaft vorgehen. Die Vorgehensweise ist systematisch, regel- und theoriegeleitet. Es wird das Ziel verfolgt, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen (Mayring 2010[11]: 13). Anhand von Reduktion können die Ergebnisse dargestellt werden. Die gebildeten Kategorien haben überwiegend einen zusammenfassenden Charakter. Dabei existieren deduktive Kategorien, die sich aus den Leitfäden ergaben und induktive Kategorien, die sich aus dem Interview ergaben (Mayring 2010[11]: 66). Die Analyse der Interviews ergab 22 Kategorien für den Kodierleitfaden, welcher durch Ankerbeispiele fundiert und interpretiert wurde. Die Ankerbeispiele befinden sich zur Analysezwecken im Text.

4 Demographischer Wandel in Hildesheim

Bis Anfang der 1970er Jahre lag die Einwohnerzahl der Stadt Hildesheim unter 100.000. Nach der Gebietsreform in Niedersachsen 1974 stieg die Zahl der Einwohner durch Eingemeindungen umliegender Ortschaften über die 100.000-Einwohner-Grenze auf knapp über 107.000. Damit wurde Hildesheim zur Großstadt (Knott 1994: 16, 34). Nachdem die Bevölkerungsentwicklung ab Mitte der 1970er Jahre wieder rückläufig war, erfuhr die Stadt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch einmal einen Zuwachs an Einwohnern. Langfristig ist jedoch mit einem deutlichen Rückgang der Einwohnerzahlen zu rechnen (siehe Abb. 3).

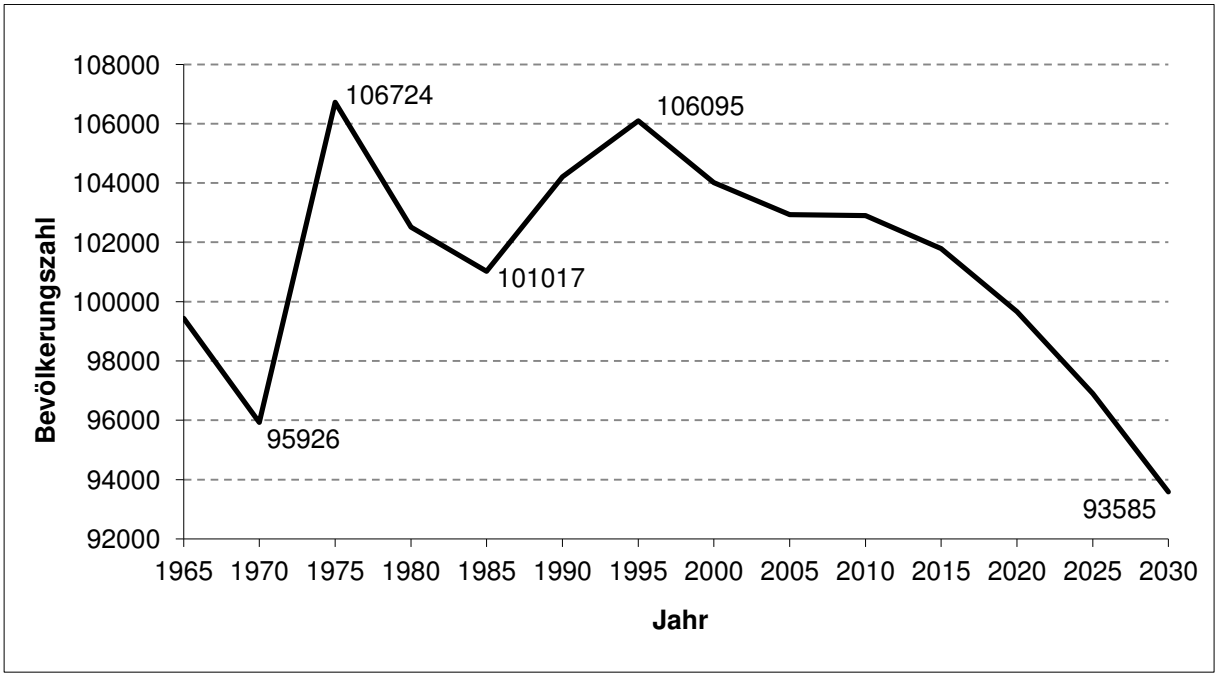

Abb. 3: Entwicklung der Einwohnerzahl in Hildesheim zwischen 1965 und 2030 (Quelle: eigene Darstellung nach Knott 1994, Stadt Hildesheim 2006, 2007a, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013a, Bertelsmann Stiftung 2013).

Bereits im Jahr 1970 lag die die Zahl der Geburten unter der Zahl der Sterbefälle. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist seitdem nicht mehr eingetreten, so dass seit über vier Jahrzehnten kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr in Hildesheim besteht. Es zeigt sich zudem, dass sich eine deutliche Schere zwischen den Geburten und den Sterbefällen geöffnet hat (siehe Abb. 4).

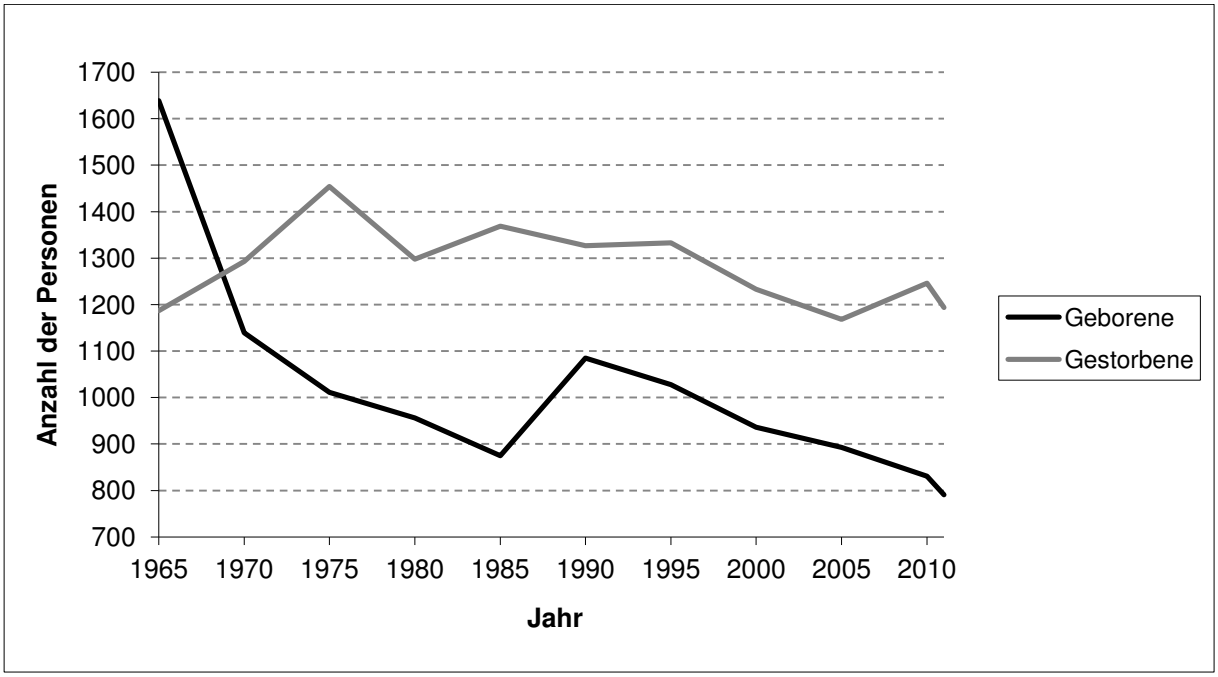

Abb. 4: Geborene und Gestorbene in Hildesheim im Zeitraum 1965-2010 (Quelle: eigene Darstellung nach Stadt Hildesheim 2001, 2008b, 2009b,Bertelsmann Stiftung 2013).

In Hildesheim nimmt die Zahl der Hochbetagten, d.h. der Altersgruppe 80plus, sowie der übrigen Senioren stetig zu. Gleichzeitig sinkt die Anzahl an jungen Menschen. Aus dem Verhältnis der Altersgruppen der 0-18-Jährigen einerseits und der 65plus-Jährigen andererseits kann der Aging-Index errechnet werden (siehe Abb. 5). Dieser steigt fortlaufend, so dass im Jahr 2014 auf 100 junge Menschen bereits 145 alte Menschen kamen.

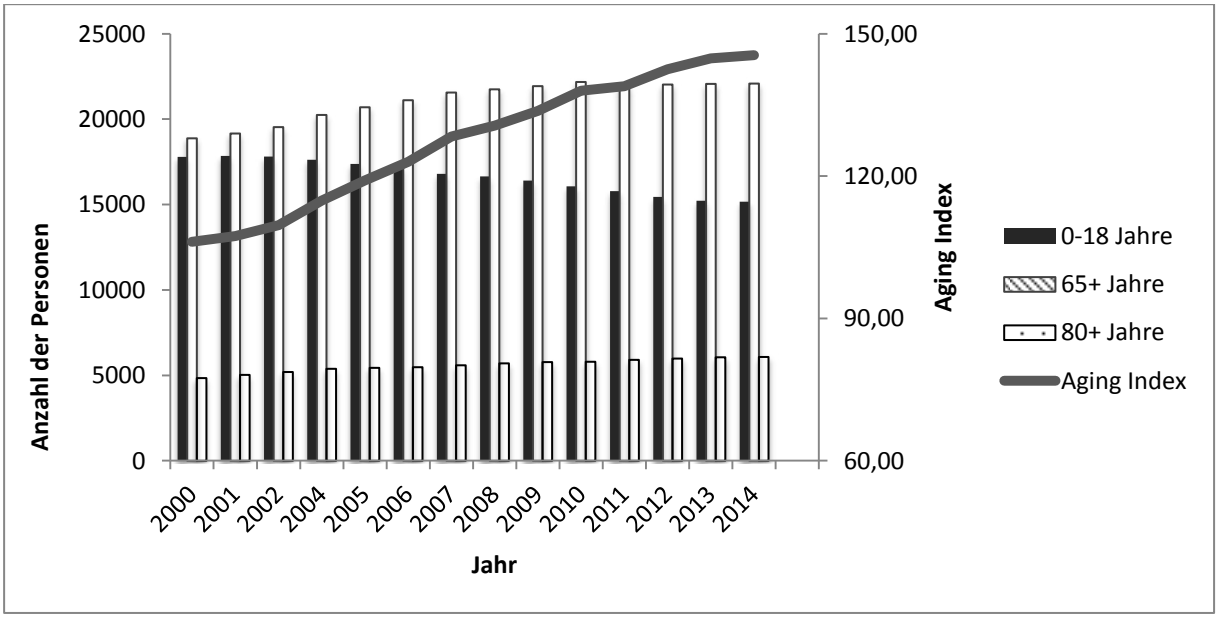

Abb. 5: Aging Index (Quelle: eigene Darstellung nach Stadt Hildesheim 2014).

Die Volkszählung von 1987 zeigte zunächst am deutlichsten die Veränderungen in der Bevölkerung. Bei der Bestandaufnahme wurde deutlich, wie groß das Geburtendefizit ausfiel und wie sehr sich die Alterszusammensetzung der Bevölkerung verändert hatte. Die Bevölkerungszahl hatte abgenommen, und im Jahr 1987 lebten nur noch 103.449 Menschen in Hildesheim. Des Weiteren war im Rahmen der Volkszählung 1987 auch ein Rückgang der Zahl der Eheschließungen zu verzeichnen. Damit einhergehend kam es auch zu einer Veränderung der Haushaltsgrößen. So nahm die Zahl an Einpersonenhaushalten zu, wohingegen die Anzahl an Mehrpersonenhaushalten rückläufig war (Knott 1994: 42-43). Zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 stieg die Anzahl der Einpersonenhaushalte weiter von ca. 47 % auf 58,1 % (Stadt Hildesheim 2013a). Die durchschnittliche Haushaltsgröße nahm indes zwischen 1987 und 2003 von durchschnittlich 2,1 Personen pro Haushalt auf durchschnittlich 1,9 Personen pro Haushalt ab. Darüber hinaus stieg auch die Anzahl der ledigen Personen an der Gesamtbevölkerung, während die Anzahl von verheirateten Menschen sank (siehe Abb. 6):

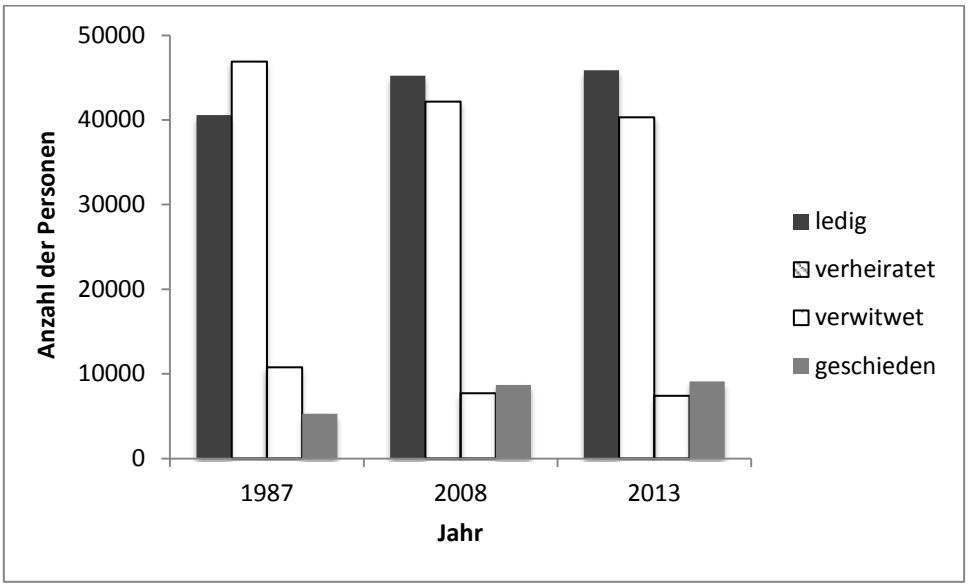

Abb. 6: Veränderung des Anteils der Statusgruppen zwischen 1987 und 2013 (Quelle: ies 2003, Knott 1994, Stadt Hildesheim 2009, 2013a).

> „Die Frage, die man früher hatte in puncto Familiengerechtigkeit, hat heute auch noch eine Bedeutung, aber längst nicht mehr die, die sie mal hatte, weil, der Anteil der Familien, mit zwei oder mehr Kindern geht immer weiter zurück. Stattdessen gibt es viele Patch-Work-Familien oder Haushalte aus Trennungsgeschichten, die dann alleine wohnen“ (IP_1).

Das Durchschnittsalter der Hildesheimer Bevölkerung ist innerhalb der letzten zehn Jahre um zwei Jahre angestiegen und liegt nun bei fast 44 Jahren (Stadt Hildesheim 2013a). Darüber hinaus zeigen die Entwicklungen der Jugend- und Altenquotienten ähnliche Tendenzen. Der Jugendquotient hat seit 2000 einen negativen Trend und liegt bei rund 31 %, wohingegen der Altenquotient im selben Zeitraum eine positive Entwicklung verzeichnete und bei über 50 % liegt (Stadt Hildesheim 2013a). Die Bevölkerungspyramide der Stadt Hildesheim hat mittlerweile eine Urnenform angenommen (siehe Abb. 7), die den langjährigen Schrumpfungs- und Überalterungsprozess widerspiegelt (Wehrhahn et. al. 2011: 14).

> „Die Kinderzahlen gehen zurück, das ist auch in Hildesheim so. Die Bevölkerungspyramide verschiebt sich, es gibt immer mehr ältere Menschen und die jüngere Generation nimmt ab, was ein sich selbst beschleunigender Prozess ist“ (IP_2).

Ergänzend ist in Abbildung 7 sichtbar, dass es Auswüchse im Bereich der 20-25Jährigen gibt, wobei ein Überschuss an Frauen besteht. Dies ist auf den positiven Effekt der Hochschulen in Hildesheim

zurückzuführen, wobei vor allem das Fächerangebot der Universität in Hildesheim mehr junge Frauen als Männer in die Stadt zieht. Hier liegt das Verhältnis bei ca. einem Drittel männliche Studierende zu zwei Dritteln weibliche Studierende (Universität Hildesheim 2012). Die folgende Altersgruppe zeigt allerdings einen Einschnitt, der aus der Abwanderung der Hochschulabsolventen resultiert, welche nach Abschluss ihres Studiums oftmals die Stadt wieder verlassen (siehe Abb. 7). Den Hauptanteil der Bevölkerung bildet eindeutig die Altersgruppe der 45plus-Jährigen. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass Hildesheim als Alterswohnsitz immer beliebter zu werden scheint (IP_1). Gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren:

> „Wenn wir jetzt weniger Kinder haben, gibt es in 20 Jahren noch weniger Kinder, weil es einfach weniger Frauen gibt, die Kinder kriegen können, und die Geburtenrate nicht drastisch steigen wird. Das bedeutet weniger Kinder und mehr alte Menschen. Das hat dann etwas mit Schulen, Kinderbetreuung und seniorengerechtem Wohnen zu tun. Das sind die Dinge, auf die wir uns eher mittel- bis langfristig einstellen müssen. Das ist nichts, was ganz kurzfristig wirkt“ (IP_2).

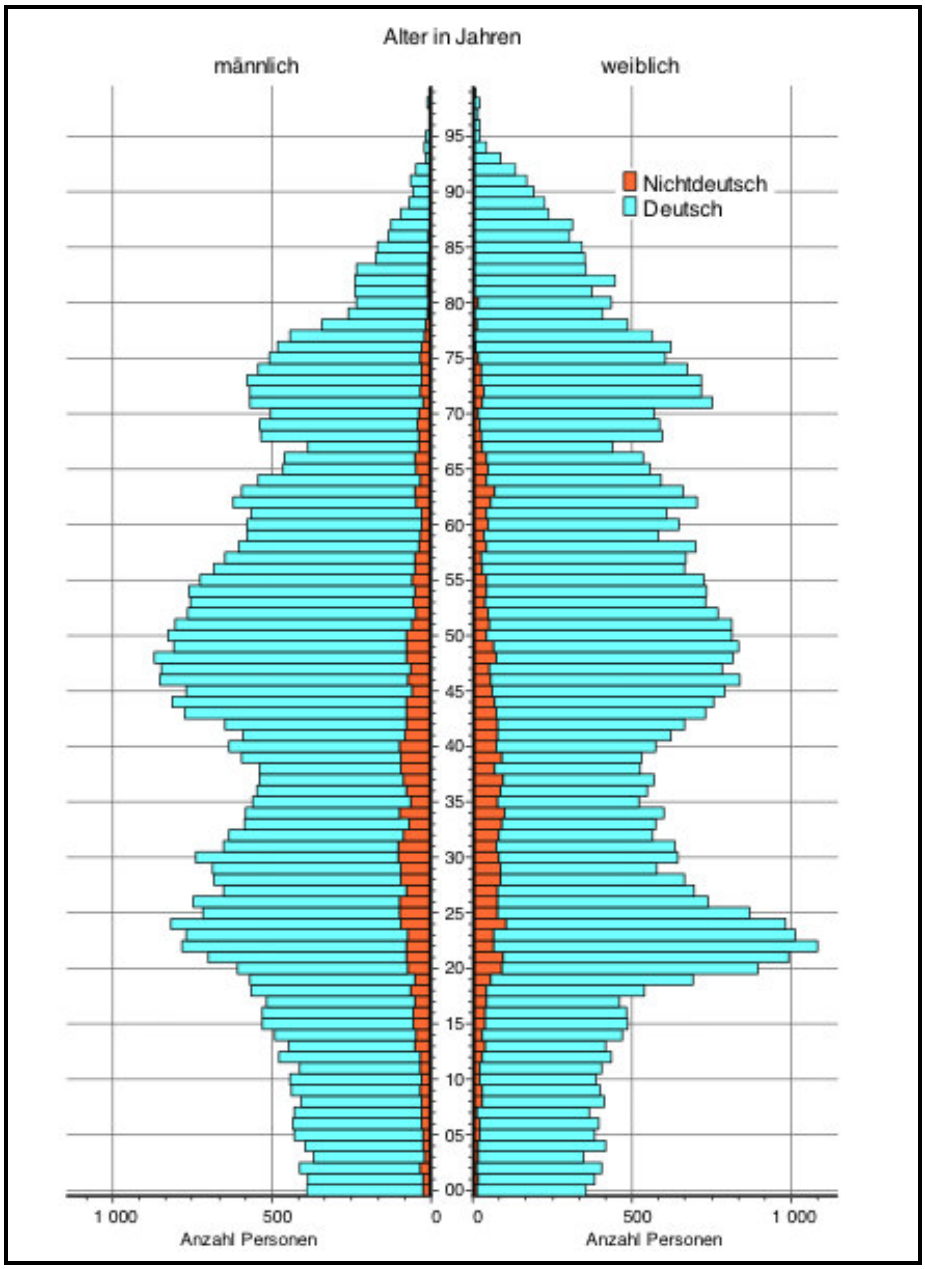

Abb. 7: Der Bevölkerungsaufbau der Stadt Hildesheim am 31.12. 2012 (Quelle: Stadt Hildesheim 2013a).

Die sinkende Geburtenrate konnte langfristig nicht durch positive Wanderungssalden ausgeglichen werden. Wie aus Abbildung 8 hervorgeht, waren diese in den 1960er bis zur Mitte der 1970er Jahre negativ. Erst ab Ende der 1970er Jahre zogen wieder mehr Menschen nach Hildesheim als abwanderten. Zu Beginn der 1990er Jahre kam es bedingt durch die Wiedervereinigung sowie den Balkankonflikt zu einem stärkeren Zuwanderungsstrom nach Hildesheim. Im Jahr 1990 konnte so ein positiver Wanderungssaldo von 1.330 Menschen verzeichnet werden, und die Einwohnerzahl stieg auf 104.838 und lag damit weiterhin knapp über 100.000. Die Wanderungsgewinne glichen nun nicht nur das Geburtendefizit aus, sondern führten kurzfristig sogar zu einem Bevölkerungswachstum. Langfristig sank die Zahl an Zuwanderern jedoch wieder und pendelte sich auf niedrigen Werten bis etwa 300 Personen pro Jahr ein (siehe Abb. 8). Dieser Wanderungssaldo reicht nicht aus, um das negative natürliche Bevölkerungswachstum der Stadt Hildesheim zu kompensieren:

> „Der Wanderungssaldo ist schon positiv, wir haben mehr Zu- als Abwanderung. Aber wenn die das nochmal mit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung kreuzen, dann haben wir insgesamt einen Bevölkerungsverlust“ (IP_1).

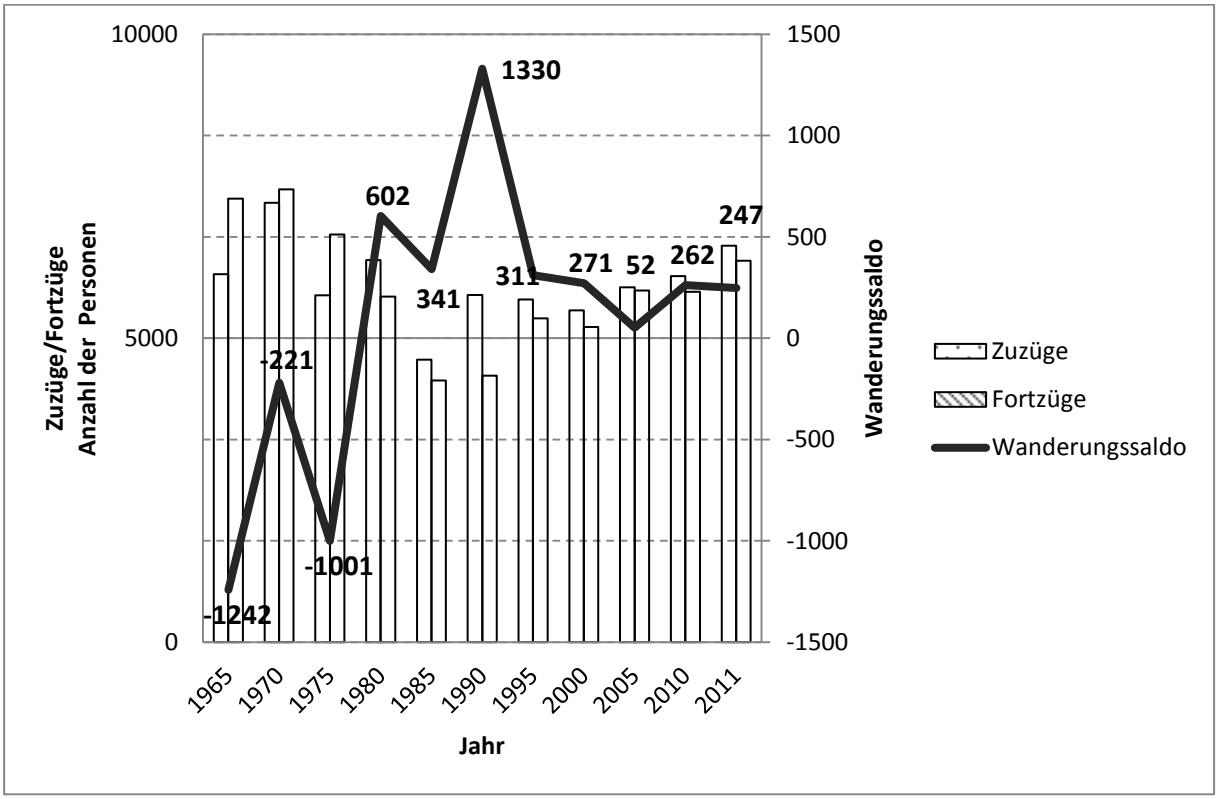

Abb. 8: Wanderungsbewegungen in Hildesheim zwischen 1965 und 2011 (Quelle: eigene Darstellung nach Stadt Hildesheim 2006, 2007a, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013a, Knott 1994).

Einhergehend mit der Zuwanderung stieg der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung von 5 % im Jahr 1970 auf 8,4 % im Jahr 2013 (Knott 1994, Stadt Hildesheim 2013a). Besonders das Defizit an jungen Menschen konnte allerdings durch die Zuwanderungen nicht ausgeglichen werden, so dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung kontinuierlich anstieg.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stadt Hildesheim zwar langfristig schrumpft, allerdings moderat:

> „Wir verlieren etwa 100 bis 150 Einwohner pro Jahr. Das ist noch akzeptabel. Wenn wir erheblich mehr Einwohner verlieren würden – wenn beispielsweise 500 oder 1000 pro Jahr im Saldo die Stadt verließen - dann hätten wir mittel- und langfristig ein großes Problem“ (IP_1).

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass die Stadt Hildesheim eindeutig vom demographischen Wandel betroffen ist. In den folgenden Kapiteln wird untersucht, inwiefern sich der demographische Wandel auf die Stadtentwicklung auswirkt und wie die Stadt mit den Herausforderungen umgeht.

5 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Stadtentwicklung

Der demographische Wandel führt zu einer veränderten Nachfrage und Nutzung, was im städtischen Kontext insbesondere Auswirkungen auf die zentralörtliche Infrastruktur, den Wohnungsmarkt und die städtische Wirtschaft hat. Auf die zentralörtliche Infrastruktur nehmen alle vier Dimensionen des demographischen Wandels – „weniger", „grauer", „vereinzelter" und „bunter" - großen Einfluss. Der Wohnungsmarkt ist dahingegen vor allem durch die Dimensionen „vereinzelter" und „grauer" betroffen. Die städtische Wirtschaft schließlich wird überwiegend durch die Dimension „weniger" und „grauer" tangiert. Die Dimension „bunter" kann sowohl als Auswirkung als auch als Lösungsansatz betrachtet werden. Die Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels für die Stadtentwicklung in Hildesheim bezieht sich auf ausgewählte Aspekte der drei genannten Handlungsfelder, wobei die Verfügbarkeit von Daten die Auswahl geleitet hat.

5.1 Infrastruktur

Der demographische Wandel wirkt sich durch quantitative Veränderungen von Nutzerzahlen, durch die sich ändernde Altersstruktur der Nutzer und durch die sich wandelnde ethnische Zusammensetzung der Nutzer auf die Nachfrage der städtischen Infrastruktur aus (Gans & Schmitz-Veltin 2006: 173).

> „Insofern wirkt sich natürlich der demographische Wandel auf die Stadt auf jeden Fall aus, weil die ganze Infrastruktur dem folgen muss. Wie sich fast automatisch ergibt, haben wir andere Anforderungen im Bereich der Infrastruktur für Kleinkinder, für Kinder, für Jugendliche, für Auszubildende... Wenn die Zahlen zurückgehen, wird in gewissem Umfang das öffentliche Infrastrukturangebot dem auch folgen müssen" (IP_1).

Wenngleich die Sicherung der Daseinsvorsorge vor allem eine Herausforderung für ländliche Räume in Deutschland darstellt (Sedlacek 2012, Panzer 2010), ist inzwischen auch die Zur-Verfügung-Stellung zentralörtlicher Funktionen in verschiedenen Städten sowie die Gewährleistung der Nahversorgung in einzelnen Stadtteilen gefährdet, da die Nachfrage soweit sinken kann, dass der Standort z.B. für Schulen, Kinderbetreuung, Geschäfte, Krankenhäuser oder Verwaltungseinrichtungen nicht mehr rentabel ist (Niedersächsischer Landtag 2007: 225).

In Hildesheim macht sich bislang vor allem die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung bemerkbar:

> „Wir müssen auf die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung reagieren. Wir müssen uns auf immer ältere Menschen einstellen. Das heißt eben, dass man einen barrierefreien öffentlichen Raum, seniorengerechte Wohnungen und auch dezentrale Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung stellt, das heißt auch, in den einzelnen Stadtteilen genügend Versorgung bereitstellt" (IP_2).

In Hildesheim gibt es in den weniger zentralen, ländlicheren Ortsteilen einen größeren Rückgang an Grundschülern als in der Kernstadt. Dementsprechend sind die kleineren „Dorfschulen" stärker vom demographischen Wandel betroffen als die innerstädtischen Schulen (Stadt Hildesheim 2007b: 41):

> „Seit 1999, also den letzten 15 Jahren, haben wir etwa 20 Prozent weniger Schüler in der Stadt. Das ist genau eine Folge des demographischen Wandels, dass eben die Geburtenzahlen zurückgegangen sind. […] Das wirkt sich eben so aus, dass eine Stadt darüber nachdenken muss, ob sie [ihre] Schulstandorte im Stadtgebiet auch zukunftsfähig und nachhaltig noch erhalten und betreiben kann, oder ob es geboten ist - auch aus ökonomischen Gründen - zu sagen: „Wir müssen

> eigentlich mit unserem öffentlichen Infrastrukturangebot der demographischen Entwicklung auch irgendwie folgen, indem wir auch über Schulstandorte diskutieren", was auch durchaus gemacht wird" (IP_1).

Die Erhaltung der dezentralen Grundversorgung ist dennoch wichtig, damit den Schülern kurze Wege ermöglicht werden und Ortsteile attraktiv für Familien bleiben (Stadt Hildesheim 2007b: 42). Da die Schülerzahl zwischen 2006 und 2013 von 17.732 auf 15.956 gefallen ist (Stadt Hildesheim 2006, 2013b), mussten jedoch bereits vereinzelt Schulen zusammengelegt werden.

Die Angebotsstrukturen des öffentlichen Personennahverkehrs hängen in hohem Maße von den Fahrgastzahlen ab. Während in Hildesheim im Jahr 2006 noch 12.802 Personen vom öffentlichen Personennahverkehr befördert wurden, waren es 2013 nur noch 11.847 (Stadt Hildesheim 2013b). Dies entspricht einem Rückgang von 7,5 %. Auch hier wirkt sich die veränderte Altersstruktur aus, denn einen wichtigen Anteil an den Fahrgastzahlen macht die Schülerbeförderung aus. Ein Rückgang der Schülerzahlen wirkt sich damit unmittelbar auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit und das Angebot aus (Niedersächsischer Landtag 2007: 230, Bertelsmann Stiftung 2005: 13).

Ein anderer infrastruktureller Aspekt ist vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und insbesondere der Zunahme der Zahl der Hochbetagten die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungseinrichtungen für Senioren wie z.B. Altenheimen, ambulanten oder teilstationären Pflegeeinrichtungen, Sozialdiensten sowie ärztlichen Diensten. Diese werden von unterschiedlichen Trägern finanziert bzw. Firmen angeboten. Dementsprechend fällt dieser Bereich nicht allein in den Handlungsbereich der Stadt Hildesheim. Grundsätzlich gehören diese Einrichtungen zum Stadtbild und zur Stadtentwicklung und müssen bei der Planung einbezogen werden. Die Träger und die Stadt sollten bei der Planung kooperieren, damit ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sichergestellt werden kann (Frevel 2004: 266). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die familiäre Altenpflege immer mehr abnimmt, wodurch ebenfalls ein Nachfrageanstieg an Pflegeeinrichtungen entsteht (Gans & Schmitz-Veltin 2006: 177). Die Anzahl von Plätzen in Alten- und Pflegeheimen in der Stadt Hildesheim stieg zwischen 2006 und 2013 lediglich geringfügig von 1.500 auf 1.567 (Stadt Hildesheim 2006, 2013b). Ein weiterer Ausbau sollte hier angestrebt werden.

5.2 Wohnungsmarkt

Der demographische Wandel wirkt sich auch auf den städtischen Wohnungsmarkt aus. Auf Grund der noch relativ langsam sinkenden Einwohnerzahlen in den Städten bezieht sich dies derzeit überwiegend auf die Haushaltsgröße (Gans & Schmitz-Veltin 2006: 113). In Hildesheim gibt es, wie bereits beschrieben wurde, seit Jahren einen Trend zu Einpersonenhaushalten:

> „Schon 2005 haben wir in der Wohnungsmarkanalyse festgestellt, dass wir 52-53 % Einzelwohnhaushalte in der Stadt haben" (IP_1).

Bis 2010 stieg dieser Anteil 58,1 %. Die Anzahl an Haushalten mit Kindern ist seit 2000 indes gesunken und betrug im Jahr 2010 nur noch 24,6 % (Stadt Hildesheim 2013a). Daraus resultiert eine abnehmende durchschnittliche Haushaltsgröße. Langfristig ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach kleinen Wohnungen zunehmen wird.

Der Wohnungsmarkt in Hildesheim ist grundlegend entspannt. Es können bisher alle Segmente in allen Preisklassen ausreichend abgedeckt werden. Dementsprechend kann die Nachfrage nach günstigem Wohnraum gegenwärtig gedeckt werden (Stadt Hildesheim 2013a). Der entspannte Wohnungsmarkt birgt allerdings auch Probleme. Die Wandlung vom Anbieter- zum Nachfragemarkt führt zu häufigeren Wohnungswechseln. Haushalte aus unattraktiveren Wohnquartieren werden verlassen, wodurch ihre Attraktivität noch weiter sinkt. Dies kann zu einem Negativ-Image bestimmter Stadtteile führen und die Entwicklung von Leerständen fördern (Stadt Hildesheim 2007b: 45). Ein anderes Marktsegment bildet dagegen gut ausgestatteter und teurer Wohnraum. Die Nachfrage nach

hochwertigem Wohnraum, der auf die Belange von Senioren abgestimmt ist, steigt in Hildesheim. Die Stadt wird auch als Alterswohnsitz immer beliebter:

> „Was kennzeichnend ist, was keiner erwartet hat in Hildesheim, ist, dass die hochwertigen, also auch hochpreisigen Anlagen mit bis zu 3.000 Euro/qm Kaufpreis, muss man sagen, sich verkaufen wie geschnittenes Brot, weil die Nachfrage extrem hoch ist im Moment“ (IP_1).

In Hildesheim entwickelt sich ein Trend zum Wohnen in der Stadt. 2010 verzeichneten alle Kernstadtgebiete einen Wanderungsgewinn, wohingegen Randgebiete und ländlichere Ortsteile an Einwohnern verloren (Stadt Hildesheim 2013b: 10). Kurz- bis mittelfristig ist die Wohnungsstruktur in Hildesheim zwar so ausgelegt, dass auf die Veränderung im ausreichenden Maß reagiert werden kann. Die Sanierung von Wohnraum ist jedoch nötig, damit der Bedarf an seniorengerechtem Wohnen und an hochwertigem Wohnraum in der Zukunft gedeckt werden kann. Dies wird zu weiteren Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt führen.

5.3 Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur in Hildesheim ist vor allem mittelständisch geprägt. Darüber hinaus haben wichtige Verwaltungseinrichtungen sowie eine Universität und eine Fachhochschule ihren Standort in der Stadt. Während über viele Jahre hinweg der Schwerpunkt städtischer Entwicklung insbesondere auf dem Bildungssektor lag, wurden Gewerbe- und Industrieentwicklungen vernachlässigt:

> „Es war Jahrzehnte lang so, dass man sich als Stadt der Bildung definiert hat und es schlichtweg versäumt hat, Gewerbeansiedlungen zu fördern“ (IP_2).

Hier besteht Handlungsbedarf. Um Hildesheim als Wirtschaftsstandort langfristig attraktiv zu gestalten, ist vor allem die Schaffung eines guten Branchenmixes notwendig. Zurzeit liegt der wirtschaftliche Fokus jedoch vor allem auf der Herstellung von Komponenten für die Automobilindustrie. Bei einer negativen Entwicklung dieser Branche wird sich dies stark auf die Hildesheimer Wirtschaft auswirken (Stadt Hildesheim 2007b: 45). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass sich die Beschäftigtenstruktur auf Grund des demographischen Wandels zunehmend ändert:

> „Die Struktur ändert sich entsprechend des demographischen Wandels. Vermehrt existieren alternde Belegschaften und Betriebe“ (IP_3).

In Hildesheim scheiden demnach mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus, als dass welche eintreten. Die Prognose zeigt, dass sich die Schere zwischen diesen Bevölkerungsgruppen langfristig immer weiter öffnen wird (NIW 2010). Doch bereits heute besteht in Hildesheim ein Fachkräfte- und Auszubildendenmangel:

> „Ein großes Problem ist der Mangel an Fachkräften“ (IP_3).

Dieser Mangel wird sich auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Hier gilt es gegenzusteuern, z.B. indem ausländische Arbeitskräfte angeworben oder bislang vernachlässigte Bevölkerungsgruppen wie Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Darüber hinaus wirkt sich der demographische Wandel auch auf Hildesheim als Konsumstandort aus:

> „Demographie betrifft das Personal und den Konsumenten am Standort. Weniger Bevölkerung bedeutet weniger Konsumenten. Die Kaufkraft sinkt. Daraus resultieren weniger Investitionen und Reinvestitionen. Die Angebotsvielfalt sinkt, und Attraktivitätsverlust tritt ein“ (IP_3).

Die Kaufkraft einer Stadt ist besonders für den Einzelhandel wichtig. Sie bezieht sich darauf, wie viel Geld einer Person für einen bestimmten Warenkorb zur Verfügung steht. Dabei wird dies in Relation zum Preisindex gesehen. Steigt der Preisindex, sinkt in der Regel die Kaufkraft und umgekehrt. Als

Vergleichsgrundlage dient das deutschlandweite Niveau mit dem Wert 100. Liegt die Kaufkraftkennziffer unter dieser Marke, liegt sie unter Bundesdurchschnitt, was standortentscheidend sein kann .

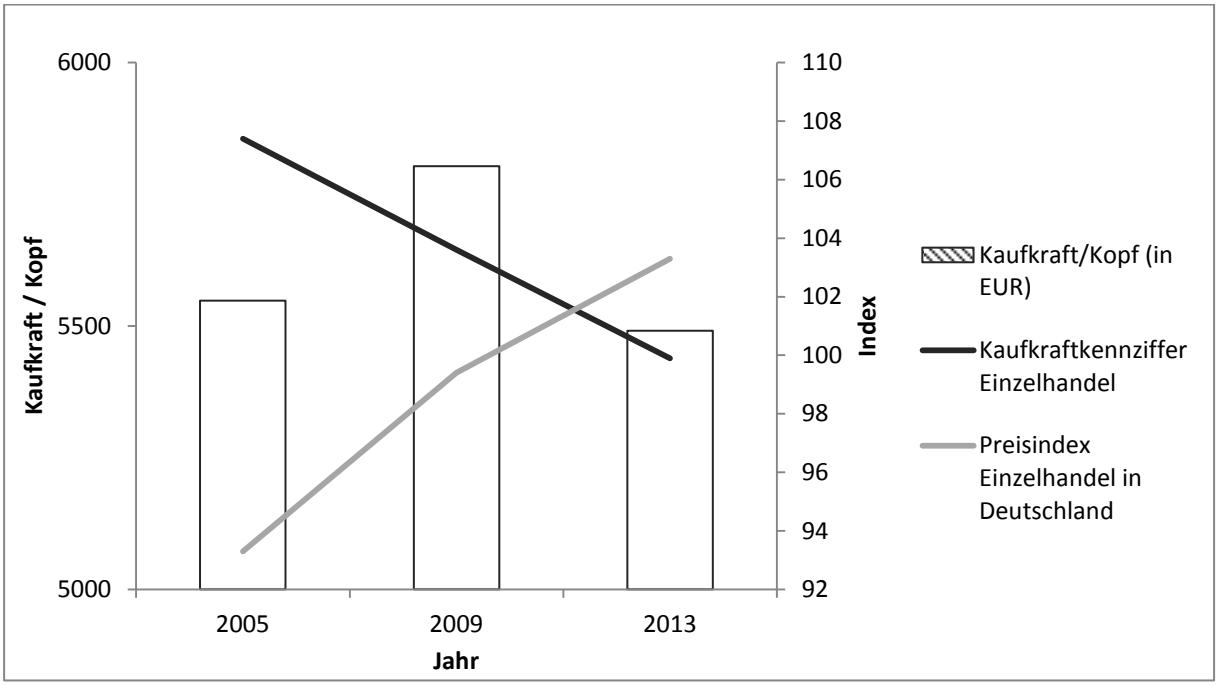

Abb. 9: Die Entwicklung der Kaufkraft in Hildesheim im Zeitraum 2005-2013 (Quelle: eigene Darstellung nach Stadt Hildesheim 2006, 2013a).

Wie Abbildung 9 entnommen werden kann, hat die Kaufkraftkennziffer in Hildesheim eine negative Entwicklung vollzogen. 2013 lag der Wert erstmals unter 100. Sinkt diese Zahl weiterhin, kann sich dies negativ auf die Attraktivität der Stadt auswirken, wodurch Abwanderungen von Unternehmen folgen könnten. Allerdings kann dies nicht eindimensional betrachtet werden:

> „Die Abwanderung von Betrieben ist nicht nur dem demographischen Wandel geschuldet. Hierbei ist es schwer, eine Aussage zu machen. Wichtige Ressourcen umfassen Arbeits- und Kaufkraft. Dies sind entscheidende Faktoren. Wenn diese Faktoren nicht ausreichend verfügbar sind, kann es zu Abwanderung kommen“ (IP_3).

Für die städtische Entwicklung spielt schließlich auch das Steueraufkommen eine wichtige Rolle. Hier wirkt sich die Erwerbstätigenstruktur in Hildesheim, die auf Grund der Vielzahl an Beschäftigten im Bildungs- und Verwaltungsbereich überdurchschnittlich stark durch Erwerbstätige im tertiären Sektor geprägt ist, ungünstig aus:

> „Verwaltung und Dienstleistung sind Jobs, die keine Gewerbesteuer generieren“ (IP_1).

Hildesheim hat durch die Beschäftigten im tertiären Sektor zwar Einnahmen durch die Einkommenssteuer, allerdings kann dies die fehlenden Gewerbesteuereinnahmen nicht ausgleichen. Die Beschäftigtenzahl im sekundären Sektor ist rückläufig. Diese Problematik wird nicht durch den demographischen Wandel verursacht. Allerdings trägt die sinkende Bevölkerungszahl zur Verschlechterung der Situation bei. Langfristig führt ein Verlust der Einwohnerzahl zu einem Attraktivitätsverlust des Wirtschaftsstandortes.

6 Herausforderungen, Chancen und Perspektiven für Hildesheim

6.1 Herausforderungen

Die städtische Planung muss der demographischen Entwicklung Rechnung tragen, da diese die Nachfrage an die bereitgestellten Flächen und Dienste in der Stadt steuert:

> „Wir hantieren mit Flächen, mit der Entwicklung und Bereitstellung an Flächen, mit der Zuordnung von Nutzung wie Wohnen und Arbeiten. Auf diese Weise schaffen wir die städtebaulichen Voraussetzungen für Entwicklung. Dabei haben wir natürlich den demographischen Wandel im Blick“ (IP_1).

Doch obwohl der demographische Wandel ein langfristiger Prozess ist und dieser sich in Hildesheim bereits vor 1970 abzeichnete, scheint die Stadt auf die inzwischen sichtbaren Auswirkungen nicht umfassend vorbereitet zu sein:

> „Die ganze Ausstattung einer Stadt trifft natürlich zunächst ziemlich unvorbereitet auf so einen demographischen Wandel“ (IP_1).

Da die Einwohnerzahlen nur moderat gesunken sind, wurde den demographischen Entwicklungen zunächst offenbar wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht. Erste Auswirkungen zeigen sich jedoch nicht vordergründig im Hinblick auf die Bevölkerungszahl, sondern vor allem auf Grund der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung. Diese Zeichen richtig zu interpretieren und sie nicht zu ignorieren, ist die wesentliche Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik. Sie ist die Grundlage dafür, die Attraktivität der Stadt zu erhalten und auszubauen. Dies schlägt sich in entsprechenden Maßnahmen beispielsweise in den Bereich der zentralörtlichen Infrastruktur nieder:

> „Wir müssen uns auf immer ältere Menschen einstellen. Das heißt eben, dass man einen barrierefreien öffentlichen Raum, seniorengerechte Wohnungen und auch dezentrale Infrastruktureinrichtungen, das heißt auch in den einzelnen Stadtteilen genügend Versorgung bereitstellt“ (IP_2).

Auch im Bereich des Wohnungsmarktes gilt es, die gehobenen Ansprüche an den Wohn- und Lebensraum durch Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zu befriedigen. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass weniger attraktive Ortsteile durch Abwanderungen kein Negativ-Image entfalten, denn so können Disparitäten innerhalb der Stadt entstehen, die sich insgesamt schlecht auf das Image der Stadt auswirken.

Darüber hinaus gilt es, zumindest einen Teil des natürlichen Bevölkerungsrückgangs durch Zuwanderung zu kompensieren. Gerade in Bezug auf den zunehmenden Facharbeitskräftemangel ist es geboten, hier größere Anstrengungen zu unternehmen:

> „Man muss viel aktiver in den Bereich der Zuwanderung gehen. Wir haben ein sogenanntes Neubürger-Paket, in dem einiges drin ist. Man muss auch verstärkt darauf eingehen, dass zunehmend mehr Menschen hierher kommen, die unsere Sprache erst mal nicht können. Das heißt, dass sie Hilfen und Unterstützung brauchen, um sich im weitesten Sinne in die Stadtgesellschaft auch zu integrieren“ (IP_3).

Damit verbunden ist auch eine angemessene Integration ausländischer Zuwanderer. Die Aufgabe der Stadt und aller weiteren Institutionen ist es, hier eine Willkommensstruktur zu schaffen. Dazu zählen Bildungs-, Beratungs- und Begegnungsstätten, damit die Sprache erlernt werden und Vorurteile abgebaut werden können (Bertelsmann Stiftung 2010: 3):

> „Allgemein ist Sprache das wichtigste Element, damit Integration gelingen kann. In Teilen Deutschlands herrscht zu wenig „Integrationsdruck“. Es müssen mehr Anreize zur Mobilisierung geschaffen werden. Die Politik kann dies alleine nicht leisten“ (IP_3).

Schließlich betrifft der demographische Wandel weitere Aspekte, die allerdings nicht ausschließlich in das Handlungsfeld der Stadt fallen. Dies bezieht sich beispielsweise auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wobei neben dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen auch der Ausbau von Möglichkeiten der Altenbetreuung in den Blick genommen werden muss. Grundsätzlich besteht die Herausforderung für die Stadt Hildesheim hier in der Moderation einer guten Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure sowie in der Bereitstellung von Flächen, Wohnraum und angepasster Infrastruktur.

Gelingt es der Stadt nicht, diese Herausforderungen zu bewältigen, könnte Hildesheim in Zukunft deutlich an Attraktivität verlieren. Letzten Endes müsste vor diesem Hintergrund langfristig auch die Einstufung der Stadt als Oberzentrum in einer Region mit weiteren Oberzentren wie Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg diskutiert werden. Einerseits gilt es also, einen Paradigmenwechsel weg von der Wachstumspolitik und hin zu einer Politik der Konsolidierung bzw. des Um- und Rückbaus zu vollziehen. Andererseits sollte dabei die Attraktivität der Stadt erhalten bleiben, um ein Anschnellen der Dynamik des Schrumpfens zu vermeiden.

6.2 Chancen

Trotz der Herausforderungen gehen mit dem demographischen Wandel für Hildesheim nicht nur Probleme einher, sondern es ergeben sich auch Chancen für die Stadtentwicklung. So zeigte der Zensus 2011, dass in Hildesheim im Jahr 2011 nur noch 99.554 Einwohner lebten. Durch den Abfall unter die 100.000-Einwohner-Grenze musste die Stadt eine Korrektur seiner Haushaltsplanung vornehmen. Hierdurch ergab sich jedoch ein positiver Effekt, da der Stadt nun mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen werden:

> „Es ist so, dass wir durch das Zensus-Ergebnis 2011 unter die 100.000-Einwohner-Grenze gefallen sind, was für uns zumindest ab dem [Jahr 2015] deutliche finanzielle Vorteile hat. Wir kriegen deutlich mehr Geld aus der Schlüsselmasse des Landes und zahlen deutlich weniger Kreisumlage“ (IP_2).

Aber auch die alternde Bevölkerung muss nicht unbedingt als Problem aufgefasst werden, da heutzutage viele ältere Menschen durch verbesserte Möglichkeiten, die Gesundheit zu erhalten, länger mobil sind und aktiv die Gesellschaft mit gestalten:

> „Es gibt durchaus Chancen, weil die sich ändernde Bevölkerungszusammensetzung auch zur Folge hat, dass es immer mehr ältere Menschen gibt, die auch länger fit bleiben und auch noch durchaus Interesse haben, sich aktiv irgendwo einzubringen“ (IP_2).

Auf dem Arbeitsmarkt bieten ältere Menschen ein hohes Potential an Erfahrungswissen, von dem jüngere Fachkräfte profitieren können. Durch angepasste Fortbildungen für die Altersgruppe 50plus kann zudem versucht werden, Motivation, Wissen sowie technische Kenntnisse dieser Altersgruppe gezielt zu erweitern (Herrmann 2008: 28). Auch die Zuwanderung ausländischer Facharbeitskräfte oder die vermehrte Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt bieten die Chance für Unternehmen, Personal zu rekrutieren.

In wirtschaftlicher Hinsicht bietet die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung viel Potential für Unternehmen:

> „Durch die gute medizinische Versorgung wird die Bevölkerung stetig älter. Dementsprechend wird eine angepasste Mobilität benötigt. Hier öffnen sich neue Märkte wie z.B. für Prothesen, Lifte oder Technologie, die das Altern erleichtern bzw. weiterhin sportliche Betätigung ermöglichen“ (IP_3).

Um den demographischen Wandel wirtschaftlich nutzen zu können, benötigt ein Unternehmen die Flexibilität, sich an die Veränderungen anzupassen. Gelingt dies, kann der Wandel als Chance verstanden werden:

> „Wir müssen uns immer auf die Veränderungen einstellen. Insofern gibt es natürlich Chancen. Jeder, der sich nicht mit dem demographischen Wandel beschäftigt [...], verpasst Chancen für seine Stadt. Nur wenn ich es tue, habe ich die Chance meine Stadt in einem permanenten Prozess an die demographischen Entwicklungen anzupassen“ (IP_1).

Der Handlungsbedarf bezüglich Wohnraum und Baubestand kann übergeordnet auch als Chance verstanden werden, da dieser durch Sanierung mit Smart-Home-Technologie und energieeffizienter ausgestattet werden kann, was einerseits die Wohnqualität anhebt und andererseits umweltschonend ist. Allgemein wird das Stadtbild aufgewertet, was die Attraktivität Hildesheims steigern kann (ISEK 2013: 6).

6.3 Perspektiven

Die Prognosen für die Stadt Hildesheim werden durch verschiede Institutionen erstellt. In Auftrag werden diese Prognosen durch die Stadt Hildesheim oder das Land Niedersachsen gegeben. Der Bereich der Stadtplanung und -entwicklung erstellt auf Basis der vergangenen fünf bis zehn Jahre eigene Prognosen. Als Datengrundlage werden Zahlen des Statistischen Bundesamts (Destatis) und des Landesamts für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) sowie die Zahlen des Einwohnermeldeamtes und Standesamtes verwendet. Zu den beauftragten Einrichtungen gehören unter anderem das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung oder Wegweiser-Kommune.

Die erstellten Prognosen weisen allerdings lediglich auf Tendenzen hin. Es gibt viele Einflüsse, die nicht vorhersagbar sind:

> „Insofern sind alle Versuche, Prognosen für die Bevölkerungsvorausberechnung zu erstellen, wie es die Koordination des Bundes bis 2050 tut, Kaffeesatzleserei. Wenn man in die Vergangenheit guckt und sich das vergegenwärtigt, dass sich unsere Gesellschaft immer schneller entwickelt. Die Entwicklungsschritte werden immer kürzer. Heutzutage hat jeder ein Mobiltelefon. (...) Das sind Entwicklungsprozesse, die es immer schwieriger machen, verlässlich zu sagen, was beispielsweise 2030 in Hildesheim los ist“ (IP_1).

Für die Stadt Hildesheim bedeutet dies, sich möglichst auf verschiedene Entwicklungsszenarien vorzubereiten:

> „Unsere Aufgabe ist es, alle Entwicklungen ständig im Blick zu haben und darauf zu reagieren in dem Maße, wie wir es auch können. Wir hinken natürlich immer hinterher. Man kann zwar ein bisschen vorausschauen und planen, es gibt da ein paar Grundsätze, die immer richtig sind. Eine Stadt tut immer gut daran, Flächenvorsorge zu treffen, für was auch immer“ (IP_1).

Derzeitig liegen Prognosen vor, dass Hildesheim einen weiteren Bevölkerungsverlust von 2-5 % bis zum Jahr 2025 verzeichnen wird (ies 2003, Bertelsmann Stiftung 2013). Damit Hildesheim nicht an Attraktivität und damit einhergehend an Bedeutung verliert, ist das übergeordnete Ziel der Stadt, nicht noch mehr Einwohner zu verlieren. Dabei sind sich die Beteiligten bezüglich der Höhe der anzustrebenden Einwohnerzahl nicht einig:

> „Es gibt Stadtentwicklungsziele, und es gibt Ziele des Oberbürgermeisters, und es gibt eine Stadtkämmerin, die sagt, es wäre viel besser, knapp unter 100.000 Einwohnern zu bleiben. Da kommen natürlich unterschiedliche Ansichten und Interessen zusammen. Es ist aber erklärtes Ziel der Stadtentwicklung, mehr als 100.000 Einwohner zu erreichen, was im Kern aber heißt, dass man versuchen will, ein weiteres Absinken zu verhindern“ (IP_2).

Ein hohes Maß an Attraktivität ist notwendig, damit sich Zuwanderer in der Stadt niederlassen oder die Ansiedelung von Betrieben gelingt und damit ein Anschnellen der Dynamik des Schrumpfens vermieden werden kann (Stadt Hildesheim 2007b:20).

> „Wir haben versucht, aus der Stadtentwicklungsperspektive […] aufzubauen, dass die Stadt sich das Ziel gesetzt hat, eine gewisse Einwohnerzahl zu halten oder zu bewahren und dabei ging es immer um die 100.000, weil das tatsächlich ein Indikator für die Attraktivität der Stadt ist“ (IP_1).

Diese Zielsetzung findet im „Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020“ aus dem Jahr 2007 in der Leitlinie „100plus“ seinen Ausdruck. Auf Grundlage dieser Leitlinie soll die Bedeutung Hildesheims als kultureller und wirtschaftlicher Standort gestärkt und die Position als Oberzentrum gesichert werden (Stadt Hildesheim 2007b: 20). Das Projekt „100plus“ soll durch die Schaffung optimaler wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden. Dazu werden Gewerbeflächen ausgeschrieben und Gewerbeparks gegründet. Es soll ein Gewerbestandort mit Bindungspotential entstehen, d.h. die Bevölkerung wohnt, wo sie arbeitet. Falls es nicht gelingt, langfristig das Ziel „100plus“ umzusetzen, soll die Einwohnerzahl Hildesheim zumindest bei knapp unter 100.000 stabilisiert werden. Dabei soll die Bevölkerungszahl nicht weniger als 90.000 Einwohner betragen (Stadt Hildesheim 2007b: 28).

Die Grundgedanken des ISEK 2020 umfassen Integration und Innenentwicklung, wobei auf ökologische und ökonomische Bedingungen Wert gelegt wird (Stadt Hildesheim 2007b: 4). Innenentwicklung soll vor Außenentwicklung gehen. Innenentwicklung umfasst die zentrale Lage mit einem dicht bebauten und gemischt genutzten Umfeld. Dabei soll aus ökologischen Gründen allerdings auf unnötige Versiegelung verzichtet werden. Für Hildesheim ist Innenentwicklung einerseits interessanter als Außenentwicklung, da die Wohn- und Baudichte im Innenstadtbereich größer ist als am Stadtrand oder im Außenbereich, wo in der Regel Einfamilienhäuser errichtet werden. Andererseits stellt Innenentwicklung einen Lösungsansatz für die Auswirkungen des demographischen Wandels dar. Die Innenentwicklung bezieht sich also auf die Kernstadt (Stadt Hildesheim 2007b: 51). Zu den Flächen der Innenentwicklung in Hildesheim zählen das Phoenix-Gelände, die Erweiterung der Oststadt und die Mackensen-Kaserne (Stadt Hildesheim 2007b: 50).

Durch die Erweiterung der Gewerbegebiete und der Infrastruktur erhofft sich die Stadt eine Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandorts Hildesheim und damit einhergehend die Schaffung von Arbeitsplätzen. Neu gewonnene Beschäftigte sollen dabei möglichst in der Stadt wohnhaft werden. Die Verkehrsanbindung in Hildesheim soll nicht nur durch einen weiteren Autobahnzubringer verbessert werden, sondern auch durch einen weiteren S-Bahn-Anschluss in Hildesheim-Himmelsthür. Dieser Stadtteil, der einen hohen Altersdurchschnitt besitzt, soll besser an das Verkehrsnetz angeschlossen und somit attraktiver für jüngere Menschen werden, die häufig kein Auto besitzen (Stadt Hildesheim 2013b: 85). Zusammenfassend ist das Konzept ein Strategiewechsel weg von der Ausdehnung und hin zur Entwicklung im Bestand und zur Aufwertung der Stadtstruktur. Die Stadt Hildesheim reagiert mit diesem Konzept mehrdimensional. Dabei stehen neben dem demographischen Wandel auch der Klimawandel und die Energieversorgung im Fokus (Stadt Hildesheim 2013b: 8).

7 Fazit

Ziel dieser Studie war es, das Ausmaß des demographischen Wandels in der Stadt Hildesheim darzustellen und Auswirkungen, Herausforderungen, Chancen und Perspektiven für die städtische Entwicklung vor allem im Hinblick auf den Status Hildesheims als Großstadt und Oberzentrum zu diskutieren.

Der demographische Wandel kann anhand der Dimensionen „weniger“, „älter“, „vereinzelter“ und „bunter“ beschrieben werden. Die Auswertung statistischer Daten machte deutlich, dass sich der demographische Wandel seit den 1970er Jahren in Hildesheim abzeichnet, da in diesem Jahr erstmals die Zahl der Geborenen unter die Zahl der Gestorbenen fiel und eine Umkehr dieser Entwicklung seitdem nicht mehr eingetreten ist. Das dadurch entstandene Geburtendefizit führte zu einem negativen natürlichen Bevölkerungswachstum, welches langfristig nicht durch Zuzüge ausgeglichen werden konnte. Die Zahl der Einwohner ist daher - wenngleich nur moderat - gesunken. Im Rahmen

des Zensus 2011 wurde festgestellt, dass die Zahl der Einwohner im Jahr 2011 mit 99.554 unter die 100.000-Einwohner-Grenze gefallen ist. Gleichzeitig hat sich die Altersstruktur der Bevölkerung verändert. Während die Zahl der jungen Menschen abnimmt, steigt der Anteil der Älteren. Im Jahr 2014 kamen auf 100 unter 18-Jährige bereits 145 über 65-Jährige. Zudem gibt es einen Trend zu Einpersonenhaushalten, dessen Anteil im Jahr 2010 bei 58,1% lag. Durch Zuwanderung stieg auch der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in Hildesheim und betrug im Jahr 8,4 % an der Gesamtbevölkerung.

Der demographische Wandel wirkt sich auf die Entwicklung der Stadt aus. Dies konnte beispielhaft anhand der zentralörtlichen Infrastruktur, des Wohnungsmarktes und der städtischen Wirtschaft gezeigt werden. So sind die Schülerzahlen gesunken, was bereits zu ersten Schulfusionen geführt hat. Dahingegen geht der Ausbau von Plätzen in Alten- und Pflegeheimen nur schleppend voran. Die Sicherung der dezentralen Grundversorgung wird daher in Zukunft eine Herausforderung für die Stadt sein. Auf dem Wohnungsmarkt muss den höheren Ansprüchen an den Wohn- und Lebensraum sowie dem Trend zu Einpersonenhaushalten und dem Trend zum Leben in der Innenstadt durch Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Baubestand Rechnung getragen werden. Im Bereich der städtischen Wirtschaft gilt es vor allem, ein attraktives Umfeld zu schaffen, damit Betriebsansiedelungen und die Zuwanderung von Arbeitskräften gelingen.

Mit ihrem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020“ hat die Stadt Hildesheim ein Strategiepapier entworfen, das durch seine Leitlinie „100plus“ das Bevölkerungsschrumpfen nicht nur aufzuhalten, sondern umzukehren versucht. Angesichts des sich selbstverstärkenden Prozesses des negativen natürlichen Bevölkerungswachstums ist es jedoch nicht absehbar, dass das Geburtendefizit durch Zuwanderung kompensiert werden kann, zumal dies auch in der Vergangenheit nicht gelungen ist. Daher wird sich Hildesheim darauf einstellen müssen, langfristig unter der 100.000-Einwohner-Grenze zu bleiben. Statt die demographischen Entwicklungen zu ignorieren, sollte es Aufgabe der Stadtpolitik sein, Hildesheim zukünftig als attraktive Stadt zu etablieren, ohne dabei auf Wachstum und den Status als Großstadt zu setzen. Hier ist ein Paradigmenwechsel weg vom Wachstum und hin zur Konsolidierung bzw. zum Um- und Rückbau angebracht. Mit der Strategie „Innen- vor Außenentwicklung“ hat die Stadt den richtigen Weg eingeschlagen, den es nun gilt, konsequent umzusetzen. Der Status als Oberzentrum muss damit zumindest kurz- und mittelfristig nicht in Frage gestellt werden.

Literatur

ALBERS, G. & WÉKEL, J. (2008): Stadtplanung: Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: WBG.

BERTELSMANN STIFTUNG [Hrsg.] (2005): Demographie konkret: Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh.

BERTELSMANN STIFTUNG [Hrsg.] (2010): Migration und demographischer Wandel. Gütersloh.

BERTELSMANN STIFTUNG [Hrsg.] (2013): Wegweiser Kommune - Daten zu Hildesheim: Prognose. <http://www.wegweiserkommne.de/datenprognosen/prognose/Prognose.action?thema=2&subthema=1&datenvergleich=3&redirect=false&gkz=03254021> (Stand 2013) (Zugriff: 15.02.2014).

BIB – BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG [Hrsg.] (2004²): Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursachen, Erwartungen – Die wichtigsten Fragen. <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/bevoelkerung_2004.pdf?__blob= publicationFile&v=6> (Stand 2004) (Zugriff: 18.11.2014).

BIB – BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG [Hrsg.] (2012): Demographie-Portal: Wanderungssaldo nach Kreisen. <http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Regional/Wanderungssaldo_Kreise.html> (Stand 2012) (Zugriff: 16.03.2014).

BIB - BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG [Hrsg.] (2014b): Glossar – Altenquotient. <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/A/altenquotient.html> (Stand 2014) (Zugriff: 22.02.2014).

BIB - BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG [Hrsg.] (2014b): Glossar – Jugendquotient. <http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071692&lv3=3074180> (Stand 2014) (Zugriff: 12.02.2014).

BIB - BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG [Hrsg.] (2014c): Zusammengefasste Geburtenziffern in europäischen Ländern 1960-2012. <http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Tabellen/t_06_01_zusgef_geburtenziffer_europ_laen-der_ab1960.html?nn=3071458> (Stand 2014) (Zugriff: 18.11.2014).

BPB - BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG [Hrsg.] (2012): Soziale Situation in Deutschland. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61532/bevoelkerungsentwicklung> (Stand 2012) (Zugriff: 02.03.2014).

FREVEL, B. [Hrsg.] (2004): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden: VS.

GANS, P. (2011): Bevölkerung: Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt: WBG.

GANS, P. & A. SCHMITZ-VELTIN (2006): Demographische Trends in Deutschland: Folgen für die Städte und Regionen. Hannover: ARL.

HANDELSWISSEN.DE (2012): Kaufkraft. <http://www.handelswissen.de/data/themen/Marktpositionierung/Standort/Standortfaktoren/Kaufkraft.php> (Stand 2012) (Zugriff: 08.03.2014).

HANS SEIDEL STIFTUNG E.V. [Hrsg.] (2002): Antworten auf die demographische Herausforderung. München: ATWERB-Verlag.

HERRMANN, N. (2008): Erfolgspotential älterer Mitarbeiter: Den demographischen Wandel souverän meistern. München: Hanser.

KNOTT, A. (1994): Hildesheim. Hildesheim: Gerstenberg.

LANGHAGEN-ROHRBACH, C. (2010[2]): Raumordnung und Raumplanung. Darmstadt: WBG.

LESER, H. [Hrsg.] (2005[13]): Wörterbuch Allgemeine Geographie. Braunschweig: DTV.

LSKN – LANDESAMT FÜR STATISTIK UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE NIEDERSACHSEN (2014): Zensus 2011: Bevölkerung und Haushalte - Hildesheim, Stadt. <https://ergebnisse.zensus2011.de/#StaticContent:032540021021,FAMSTND_ 18,m,> (Zugriff: 18.11.2014).

MAYRING, P.(2010[11]): Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim: Beltz.

NIW - NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG [Hrsg.] (2010): Regionalbericht. HI-REG: Hannover.

NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG [Hrsg.] (2007): Bericht der Enquete-Kommission: Demographischer Wandel- Herausforderung an eine zukunftsfähiges Niedersachsen. Hannover

PANZER, S. (2010): Benachteiligung von Unternehmen im ländlichen Raum durch den Rückzug der Banken aus der Fläche? In: Rosenfeld, M. T. W. & D. Weiss [Hrsg.] (2010): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Politik und Marktmechanismus. Empirische Befunde aus den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hannover, S. 96-108.

REUBER, P. & PFAFFENBACH, C. (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.

RUMP, J. & S. EILERS (2013): Die jüngere Generation in einer alternden Arbeitswelt: Baby Boom versus Generation Y. Sternenfels: Verlag der Wissenschaft und Praxis.

SCHIMANY, P. (2003): Die Alterung der Gesellschaft: Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt: Campus.

SEDLACEK, P. [Hrsg.] (2012): Daseinsvorsorge im demographischen Wandel: Strategien, Konzepte, Handlungsoptionen. Erfurt: LZT.

IES – INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG UND STRUKTURFORSCHUNG GMBH AN DER UNIVERSITÄT HANNOVER [Hrsg.] (2003): Standortanalyse Hildesheim. Strukturmerkmale, Wanderungsverflechtung, Be-

völkerungs- und Haushaltsprognose, Wohnungsleerstand. <http://www.ies.uni-hannover.de/fileadmin/download/Standortanalyse-Hildesheim.pdf> (Stand 2003) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2006): Statistische Daten 2006. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1257349820/StatBroschuere_2006.pdf> (Stand 2006) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2007a): Statistische Daten 2007. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1257349687/Statistik_Broschuere2007.pdf> (Stand 2007) Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2007b): Stadtentwicklung Hildesheim: Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2020. Hildesheim.

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2008): Statistische Daten 2008. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1257349179/Statistische_Daten_2008.pdf> (Stand 2008) Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2009): Statistische Daten 2009. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1257350354/Statistik_Broschuere_2009.pdf> (Stand 2009) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2010): Statistische Daten 2010. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1276175534/Statistikbroschuere_2010_OPT.pdf> (Stand 2010) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2011): Statistische Daten 2011. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1318936082/Statistische_Broschuere_2011.pdf> (Stand 2011) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2012): Statistische Daten 2012. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1342081167/Broschuere_2012.pdf> (Stand 2012) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2013a): Statistische Daten 2013. <http://www.hildesheim.de/pics/verwaltung/1_1381757296/Broschuere_2013.pdf> (Stand 2013) (Zugriff: 18.11.2014).

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2013b): Sechs Jahre integrierte Stadtentwicklung Hildesheim. Hildesheim.

STADT HILDESHEIM [Hrsg.] (2014): Aging Index – Greis-Kind-Relation. Unveröffentlicht.

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER [Hrsg.] (2013): Zensus kompakt. Ergebnisse des Zensus 2011 <http://www.statistik-bw.de/Statistik-Portal/Internet_Zensus_Kompakt.pdf> (Stand 2013) (Zugriff: 18.11.2014).

UNIVERSITÄT HILDESHEIM [Hrsg.] (2012): Zahl der Studierenden <https://www.uni-hildesheim.de/media/controlling/Daten_Zahlen_Fakten/Treppenfalzflyer_Uni_13-09-24_DEU-1.pdf> (Stand 2012) (Zugriff: 17.02.2014).

WALLA, W. et al. (2006): Der demographische Wandel: Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. Stuttgart: Kohlhammer.

Anschrift der Autorinnen:

M.Ed. Svenja Elfers
Ludolfingerstraße 17
D-31137 Hildesheim
svenja.elfers@este-taxen.de

Dr. Sabine Panzer-Krause
Universität Hildesheim
Institut für Geographie
Universitätsplatz 1
D-31141 Hildesheim
sabine.panzer-krause@uni-hildesheim.de